

■ WIRTSCHAFTSCHRONIK

IV. QUARTAL 1995

Die europäische Wirtschaftspolitik war im IV. Quartal 1995 durch den Beschluß der EU-Gremien, am vorgesehenen Termin für das Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion festzuhalten, gekennzeichnet sowie dadurch, daß die meisten EU-Staaten aus diesem Anlaß bestrebt sind, ihre Budgets zu stabilisieren.

2. Oktober: Die Finanzminister und Notenbankpräsidenten bekräftigen anläßlich ihres inoffiziellen Treffens in Valencia das Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion mit 1. Jänner 1999. Die Entscheidung darüber, welches Land die Kriterien für die Teilnahme an der WWU erfüllt, soll Ende 1997 auf-

AUSLAND

grund der Wirtschaftsdaten für dieses Jahr gefällt werden. Dieses Übereinkommen muß freilich noch von den Regierungschefs der 15 EU-Staaten auf der Gipfelkonferenz in Madrid im Dezember bestätigt werden.

4. Oktober: Ministerpräsident Dini präsentiert im italienischen Senat den Haushaltsentwurf für 1996. Dieser sieht eine Verringerung des Defizits um 100 Mrd. S vor. Neben Ausgabenkürzungen durch Abstriche im Gesundheitswesen, die Erhöhung von Tabakwaren- und Benzinpreisen sowie der Wohnungssteuer will die Regierung die Einnahmen durch eine drastische Verschärfung des Kampfes gegen Steuerhinterziehung steigern.

Die belgische Regierung legt für 1996 ein Sparbudget mit Einsparungen und Einnahmensteigerungen im Ausmaß von 40 Mrd. S vor. Der Mehrwertsteuersatz wird von 20,5% auf 21% erhöht, Benzin verteuert und die Leistungen der Arbeitslosen-, Kranken- sowie der Pensionsversicherung reduziert.

9. Oktober: Die Banque de France hebt den Zinssatz für Pensionsgeschäfte von 6,15% auf 7,25% an. Dieser Schritt soll das Nachgeben des Francs gegenüber der DM beenden.

2. November: Der Bericht der EU-Kommission „Soziale Sicherheit in Europa“ stellt fest, daß nach 2005 die Zahl der Pensionisten drastisch steigen wird. Die Kosten der Pensionsversicherung würden sich um fast 5% des BIP erhöhen. Der Grund für diese Kostenexplosion liege darin, daß ab 2015 die über 65jährigen 30% der arbeitsfähigen Bevölkerung ausmachen würden, ab 2025 sogar 35%.

Abgeschlossen am
31. Dezember 1995

14. November: Der Präsident des Europäischen Währungsinstituts präsentiert in Frankfurt einen Zeitplan für die Einführung der neuen EU-Währung. Danach werden ab 1. Juli 2002 die nationalen Währungen aus dem Verkehr gezogen. Am 1. Jänner 1999 wird die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion (WWU) mit jenen Ländern beginnen, welche die Kriterien des Maastricht-Vertrags erfüllen. Damit werden auch die Wechselkurse endgültig fixiert.

British Rail verkauft ihren Fuhrpark um 1,8 Mrd. £ an drei Konsortien mit Investoren aus Großbritannien, Kontinentaleuropa, den USA und Japan.

19. November: Die schwedische Regierung realisiert ein Sparpaket im Sozialbereich, durch welches das Krankengeld auf 75% des Lohnes gesenkt wird und im Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit Karenztage eingeführt werden. Gleichzeitig steigt der Eigenanteil in der Krankenversicherung von 3,95% auf 4,95% der Lohnsumme; er soll bis 1998 um weitere 2 Prozentpunkte hinaufgesetzt werden. Wer vermittelte Arbeit nicht annimmt, verliert die Arbeitslosenunterstützung für 60 Tage, wer selbst kündigt, erhält Unterstützung erst nach 40 Tagen. Neuerlicher Anspruch darauf entsteht erst nach 80 Tagen Arbeit. Schwarzarbeit kann eine Anzeige wegen Betrugs nach sich ziehen und bedeutet die Sperre des Arbeitslosengeldes für 130 Tage. Die Wohnungsbeihilfen werden für Familien gesenkt und für Kinderlose gestrichen.

23. November: Die Bediensteten der französischen Eisenbahnen sowie der Pariser Verkehrsbetriebe treten gegen das Sanierungspaket der französischen Regierung in den Streik. Die Regierung beabsichtigt, vor allem das Pensionssystem dieser Betriebe sowie das allgemeine Sozialversicherungssystem zu reformieren.

28. November: Tschechien wird als erster Staat des ehemaligen Ostblocks mit Jänner 1996 das 26. Mitglied der OECD sein.

4. Dezember: Der von den öffentlich Bediensteten in Frankreich begonnene Streik gegen das Sanierungspaket für die Sozialversicherung, welches die Regierung Juppé vorbereitet, weitet sich auf die Privatwirtschaft aus.

11. Dezember: Unter dem Druck des Streiks führt Premierminister Juppé Gespräche mit Gewerkschaftsdelegationen. Seine Zugeständnisse betreffen bis jetzt das Pensionssystem der Eisenbahnen und der Pariser Verkehrsbetriebe — es soll nicht verändert werden.

13. Dezember: Der Leitzins wird in Großbritannien um 0,25 Prozentpunkte auf 6,5% gesenkt.

15. Dezember: Die meisten europäischen Notenbanken senken gleichfalls ihre Leitzinsen. Die Deutsche Bundesbank reduziert den Diskont- und Lombardsatz um je ½ Prozentpunkt auf 3% und 5%. Die Schweizer Noten-

bank nimmt den Diskontsatz von 2% auf 1,5% zurück. Weiters werden die Leitzinsen in Belgien, Dänemark und Irland herabgesetzt.

16. Dezember: Die EU-Regierungskonferenz in Madrid beschließt, daß die neue europäische Währung mit Namen „Euro“ ab 1. Jänner 2002 ausgegeben werden wird. Die dritte Stufe der Währungsunion beginnt am 1. Jänner 1999 mit der unwiderruflichen Festsetzung der Umrechnungskurse der nationalen Währungen mit jener der EU.

Die EU-Kommission nimmt an, daß acht Staaten mit großer Wahrscheinlichkeit an der gemeinsamen Währung teilnehmen werden. Österreich, das infolge der Wahlen kein Konvergenzprogramm vorlegen konnte, zählt nicht dazu.

Verhandlungen über die Aufnahme der ostmitteleuropäischen Länder in die EU werden frühestens 1998 aufgenommen. Dagegen beginnen die Gespräche mit Malta und Zypern sechs Monate nach Beendigung der Regierungskonferenz.

20. Dezember: Die Federal Reserve Bank der USA reduziert den Taggeldsatz um 0,25% auf 5,5%. Dies ist die zweite Leitzinssenkung seit Juli 1995.

21. Dezember: Premierminister Juppé empfängt mit acht Ministern die Führer der acht großen Gewerkschaften sowie der drei Arbeitgeberverbände, um im Sozialpartnerdialog die anstehenden Probleme zu erörtern und ein Ende des Streiks zu sichern.

ÖSTERREICH

In Österreich zerbrach die nach den Nationalratswahlen 1994 gebildete Regierung der großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP über der Erstellung des Bundesbudgets für 1996. Das Wahlergebnis legt jedoch abermals die Bildung einer solchen Koalition nahe. Über den Jahreswechsel werden die ersten Kontakte zwischen Exponenten beider Parteien aufgenommen.

12. Oktober: Die langandauernden Verhandlungen über die Erstellung des Bundesbudgets für 1996 werden in der Nacht zum 12. Oktober abgebrochen. Die ÖVP bringt noch an diesem Tag im Nationalrat den Antrag auf Neuwahlen ein, welchem auch die SPÖ zustimmen wird.

13. Oktober: Der Antrag der ÖVP auf Neuwahlen wird im Nationalrat einstimmig angenommen. Zuvor wird eine Reihe wichtiger Gesetze verabschiedet: ein Budgetüberschreitungsgesetz, die Haftung des Bundes

für die Ausfuhrförderung wird erhöht, die Postfinanzierung gesichert und der Verkauf der Bundesanteile an den Illwerken legitimiert.

10. November: General Motors wird in das Opel-Werk Aspern mehr als bisher geplant investieren. Statt 4,9 Mrd. S für den Ausbau der Motorenfertigung (das Projekt wird vom Bund und der Stadt Wien mit 210 Mill. S gefördert) werden insgesamt 7,5 Mrd. S aufgewendet werden. 2,1 Mrd. S dienen zur Erweiterung der Getriebeproduktion.

13. November: Nach Mitteilung der Vorarlberger Betriebsansiedlungsgesellschaft haben sich in den letzten 1½ Jahren 85 ausländische Betriebe in diesem Bundesland angesiedelt, 35 davon stammen aus der Schweiz.

14. November: Die Europäische Investitionsbank stellt den Österreichischen Bundesbahnen einen Kredit von rund 1,4 Mrd. S für den Ausbau der Bahninfrastruktur zur Verfügung.

17. November: Im Zuge der Sondersitzung des Nationalrates werden die Förderung des ökologischen Anbaus für die Bauern, die Möglichkeit des Offenhaltens von Geschäften am 8. Dezember 1995, die Straßenbenutzungsabgabe, Mauterhöhungen, die Verlängerung des KRAZAF sowie des Finanzausgleichs beschlossen, der Bundesrechnungsabschluß 1994 wird zur Kenntnis genommen.

18. November: Zum Abschluß der Sondertagung des Nationalrates wird ein Anti-Mißbrauchsgesetz beschlossen, welches die Strafen für Unternehmer, die illegal ausländische Arbeitskräfte beschäftigen, drastisch erhöht.

23. November: Österreich fließen von 1995 bis 1997 aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) rund 7 Mrd. S für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik zu. 1,5 Mrd. S davon entfallen auf 1995. Voraussetzung dafür ist, daß jedes Projekt auch von österreichischer Seite mitfinanziert wird. Der Großteil dieser Mittel ist für die berufliche Eingliederung von Problemgruppen bestimmt (Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Ältere, Behinderte).

28. November: In Niederösterreich sprechen sich 82,1% der Wirtschaftskammermitglieder (Wahlbeteiligung 40%) für die Beibehaltung ihrer gesetzlichen Interessenvertretung aus, in Salzburg 79,1% (36,9%) und in der Steiermark 74% (44,6%).

29. November: In Tirol stimmen 80,7% der Wirtschaftskammermitglieder (Wahlbeteiligung 40,4%) für die Beibehaltung der gesetzlichen Interessenvertretung, in Kärnten 81% (33%).

1. Dezember: Die Oesterreichische Nationalbank senkt den Gomex-Satz (Zinssatz für Offenmarktgeschäfte) von 4,05% auf 3,95%. Diskontsatz (3,5%) und Lombardsatz (5,25%) bleiben unverändert.

30. November: Die EU-Kommission erlaubt der österreichischen Bundesregierung, der VOEST-Alpine eine Beihilfe von 408 Mill. S zur schrittweisen Schließung des steirischen Erzbergs bis 2003 zu gewähren.

2. Dezember: In Wien sprechen sich 84,2% der Mitglieder (Wahlbeteiligung 29,7%) für die Beibehaltung der Wirtschaftskammer auf gesetzlicher Basis aus.

13. Dezember: Im Rahmen einer Kapitalerhöhung übernimmt die Westdeutsche Landesbank, die drittgrößte deutsche Bank, ab 1996 9,1% des Grundkapitals der Bank Austria. Die Transaktion erreicht einen Wert von 4 Mrd. S. Die deutsche Bank wird im Aufsichtsrat der Bank Austria über zwei Sitze verfügen. Die beiden Banken schließen darüber hinaus einen Kooperationsvertrag.

Auch die Mailänder Großsparkasse Cariplo stockt ihren Anteil an der Bank Austria von 4,3% auf 5,6% auf, was einem Betrag von knapp 1 Mrd. S entspricht.

15. Dezember: Im Zuge der europäischen Zinssenkungen reduziert auch die Oesterreichische Nationalbank den Diskontsatz von 3,5% auf 3%. Lombard- und Offenmarktsatz bleiben mit 5,25% und 3,95% unverändert.

17. Dezember: Bei den Nationalratswahlen erreicht die SPÖ 38,3% der Stimmen (1994 34,9%), die ÖVP 28,3% (27,7%), die FPÖ 22,1% (22,5%), die Grünen 4,6% (7,3%) und das Liberale Forum 5,3% (6,0%). Daraus folgt eine Verteilung der Mandate im Nationalrat von 72 zu 53, 41, 8 und 9.

19. Dezember: Die Oesterreichische Nationalbank senkt — zum siebenten Mal im laufenden Jahr — den Zinssatz für Offenmarktgeschäfte (Gomex), und zwar von 3,95% auf 3,75%.

28. Dezember: Nach Auszählung der Wahlkarten verschiebt sich das Mandatsverhältnis im Nationalrat: SPÖ 71 Mandate, ÖVP 53, FPÖ 40, Liberales Forum 10, Grüne 9.